

Der Baader-Meinhof-Prozess vom 21.5.1975 – 28.4.1977 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim

Der Prozess gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe fand vom 21. Mai 1975 bis zum 28. April 1977 auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim statt. Aus Gründen der Sicherheit wurde innerhalb ihres Geländes für 12 Millionen DM (ca. 6,1 Millionen €) eine „Mehrzweckhalle“ errichtet, in welcher der Prozess stattfand. Bei einer Verhandlung im Gebäude des Oberlandesgerichtes in Stuttgart, zu dem die Gefangenen aus den Gefängnissen quer durch Stuttgart hätten befördert werden müssen, erschien die Gefahr einer Gefangenenbefreiung zu groß. Der fensterlose Gerichtssaal aus Beton glich einer Festung. Mehrere hundert Polizisten bewachten das Gebäude, das mit Überwachungskameras, Stacheldraht, Stahlnetzen und Außenscheinwerfern zudem gesichert war.

Bei der Vorbereitung des Prozesses und während seines Verlaufes gab es verschiedene Besonderheiten. Nach der Rechtsordnung muss ein Prozess am Ort der Tat, am Wohnort des Beschuldigten oder am Ort der Festnahme stattfinden. In gewisser Weise wurde dem auch entsprochen. Da die Hauptangeklagten in Stuttgart-Stammheim in Untersuchungshaft saßen, waren sie hier „wohnhaft“. Zwar gab es hier kein Gericht, also baute man eins. Verteidigung und Vertreter der internationalen Presse kritisierten dies und sprachen von einem „Sondergericht“. Zwar sollten die Angeklagten wie ganz normale Kriminelle behandelt werden, dennoch sollte vor einem „Staatsschutzsenat“ verhandelt werden. Diese und ähnliche Abweichungen von der üblichen Rechtspraxis wurde von der Verteidigung herausgehoben und hätten in einem Revisionsverfahren überprüft werden müssen.

Die Anklage stützte sich vor allem auf die Aussagen Gerhard Müllers, eines ehemaligen RAF-Mitglieds, der als „Kronzeuge“ aussagte, obwohl es die Kronzeugenregelung noch nicht gab. Müller wurde nur zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und vor Verbüßung seiner Strafe freigelassen. Teile seiner Aussage sind bis heute als „Staatsgeheimnis“ unter Verschluss. Bei den Plädoyers der Anklage waren weder die Angeklagten noch ihre Vertrauensanwälte anwesend. Der Pflichtverteidiger beschränkte sich beim Plädoyer der Verteidigung darauf, sich den Vorrednern anzuschließen. Die Vertrauensanwälte hatten es vorgezogen, ihre „Plädoyers“ in einem Stuttgarter Hotel vor der Presse zu halten.

Die erste Phase des Prozesses war geprägt von Verfahrensfragen und Beschimpfungen des Gerichts durch die Angeklagten sowie durch deren Hungerstreikaktionen. Die Verteidiger plädierten auf Verhandlungsunfähigkeit ihrer Mandanten, was das Gericht ablehnte. Unabhängige Gutachter legten schließlich fest, dass täglich nur drei Stunden verhandelt werden durfte. Erst nach drei Monaten konnte mit der Vernehmung zur Person begonnen werden. Dazu wurden die Gefangenen gewaltsam vorgeführt. Sie äußerten sich nicht zur Person, sondern machten deutlich, dass sie das Gericht nicht anerkannten.

Ulrike Meinhof erklärte vor Gericht, es handle sich um einen politischen Prozess. Immer wieder erzwangen die Angeklagten ihre Abführung aus der Verhandlung. Schließlich legte der Vorsitzende Richter aufgrund eines neu in die Strafprozessordnung aufgenommen Paragraphen fest, dass auch ohne die Angeklagten verhandelt werden könnte, wenn die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten selbst verschuldet wäre. Von da an waren die Angeklagten nur noch selten im Gerichtssaal anwesend. Zwischen Ulrike Meinhof und ihren drei Mitangeklagten traten im Laufe der Zeit zunehmend Spannungen auf, die vermutlich zu ihrem Selbstmord führten, der allerdings nicht nur von den Angeklagten und ihrem Umfeld bezweifelt wurde. Sie gingen davon aus, dass Ulrike Meinhof in ihrer Zelle ermordet worden war. Briefe von außen erreichten nun die anderen Angeklagten, sie sollten sich ebenfalls aufhän-

gen, einer Sendung war sogar ein Strick beigefügt. Die zuvor geprüfte Sendung wurde mit dem Strick zugestellt. Erst nach dem Selbstmord der Angeklagten am 18.10.1977 deckte ein Untersuchungsausschuss diese Ungeheuerlichkeit auf.

Die letzte Phase des Prozesses war geprägt durch Vorwürfe der Verteidigung an den Richter. Als bekannt wurde, dass der Vorsitzende Richter Unterlagen aus dem Prozess an den bei einem Revisionsantrag zuständigen Bundesrichter weitergeleitet hatte, stellte die Verteidigung einen Befangenheitsantrag. Der Vorsitzende Richter wandte sich nach der Verhandlung telefonisch an den antragstellenden Rechtsanwalt, was als versuchte Einflussnahme gewertet wurde. Rechtsanwalt Otto Schily bezeichnet die Vorkommnisse als „systematische Zerstörung aller rechtsstaatlichen Garantien“. Der Vorsitzende Richter musste nun seinen Stuhl räumen.

Als bekannt wurde, dass in verschiedenen Zellen Abhörwanzen installiert worden und teilweise sogar vertrauliche Gespräche zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern abgehört worden waren, rechtfertigte der Innenminister von Baden-Württemberg dies durch „Staatsnotstand“. Der Vorsitzende Richter erklärte, dies berühre den Prozessverlauf nicht, da die Richter davon nichts gewusst hätten.

Ein Vierteljahr später, drei Wochen nach der Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback durch Terroristen der „Roten-Armee-Fraktion“ (RAF-Kommando „Ulrike Meinhof“) auf offener Straße, erging das Urteil. Es wurde nie rechtskräftig, da die Verteidigung Revision einlegte und sich die Angeklagten vor einer Wiederaufnahme des Verfahrens das Leben nahmen, nachdem der Versuch der zweiten Generation der RAF sie durch die Entführung von Hanns-Martin Schleyer freizupressen gescheitert war und eine weitere Terroraktion, die Entführung der Lufthansamaschine „Landshut“ gewaltsam beendet worden war.

(Ulf G. Stubenberger, Die Tage von Stammheim. Als Augenzeuge beim RAF-Prozess, München 2007; Uwe Wesel, Der Prozess von Stammheim, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte-nach-1945/geschichte-der-raf/49264/prozess-von-stammheim>, aufgerufen am 26.10.2012)

Arbeitsanregungen

Erarbeiten Sie aus dem Text:

- *Warum fand der Prozess in Baden-Württemberg statt?*
- *Warum fand der Prozess nicht im Gerichtsgebäude des Oberlandesgerichts in Stuttgart, sondern innerhalb der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim statt?*
- *Inwiefern wich der Prozess von der üblichen Praxis ab?*
- *Welche Geschehnisse belasteten den Prozessverlauf?*

Informieren Sie sich im Internet über die Lebensläufe der Angeklagten, vergleichen Sie diese und halten Sie Parallelen und Unterschiede fest.

Fertigen Sie aus dem Bildmaterial, das Sie im Internet finden, eine Bildcollage mit Bildern der vier Angeklagten.